Irankrieg: Die Fehlkalkulation der USA, die Widerstandsfähigkeit des Irans und die Krise der US-Hegemonie

Felicitas Rabe interviewt den Nahostexperten Joachim Guilliard

RT DE, 5 Nov. 2026

Aus Anlass seines Vortrags „Der Irankrieg und die Krise der US-Hegemonie", den der Nahostexperte Joachim Guilliard am 24. Oktober in Düsseldorf gehalten hat, führte Felicitas Rabe am 28. Oktober ein Interview mit dem Nahostexperten. Dabei wollte sie mehr Details darüber erfahren, warum sich die USA in Bezug auf den Iran verkalkuliert haben und warum die iranische Bevölkerung tatsächlich mehrheitlich hinter ihrer sogenannten Mullah-Regierung steht. Im Interview geht es auch um die Stärken des Irans und wie dieses Land trotz schärfster US-Wirtschaftssanktionen seine Unabhängigkeit bewahren konnte. RT DE veröffentlicht das Interview in zwei Teilen.

Teil 1: Warum sich die USA beim Iran verkalkuliert haben – und wie dieser seine Unabhängigkeit bewahrte

Die USA und EU wollten die Bevölkerung in Iran mittels Sanktionen zum Aufstand bewegen. Außenminister Wadephul kommentierte die Unruhen in Iran Anfang 2026: „die Sanktionen wirken". Warum US- und EU-Establishment Iran vollkommen falsch eingeschätzt haben, erklärt Joachim Guilliard im Interview.

***RT DE**: Am 28. Februar dieses Jahres haben die USA und Israel den Iran angegriffen und dabei neben dem geistlichen Führer Ajatollah Chamenei auch weitere führende iranische Politiker umgebracht. Offenbar hatten die USA die Vorstellung, dass die iranische Bevölkerung dies als Befreiung feiern würde. Wie kam es zu dieser eklatanten Fehleinschätzung des US-Establishments? Was wurde von den US-Strategen übersehen?*

Joachim Guilliard: Solche Fehleinschätzungen sind nichts Neues. Die politisch Verantwortlichen haben auch nicht einberechnet, wie massiv der Widerstand in Afghanistan und im Irak ihre Besatzungstruppen in Nöte bringen würde. Dahinter steckt die enorme Überheblichkeit gegenüber nichtwestlichen Gesellschaften, die allgemein im Westen und ganz besonders in den USA vorherrscht, gepaart mit großem Unwissen über die im Visier stehenden Länder und Kulturen. Zudem werden die etwas realistischeren Einschätzungen ihrer Geheimdienste von den dominierenden Kriegstreibern häufig beiseitegeschoben, wenn sie ihren Plänen entgegenstehen.

Die US-Geheimdienste und führende Militärs haben Präsident Trump Anfang des Jahres, wie unter anderem das *Wall Street* Journal berichtet, eindringlich vor einem Krieg gegen den Iran gewarnt und detailliert die zu erwartenden Folgen geschildert: iranische Angriffe auf die US-Militärbasen und andere Einrichtungen in den Nachbarländern, die Sperrung der Straße von Hormus, explodierende Öl- und Gaspreise und auch, dass die Ermordung des iranischen Staatsoberhaupts, Ajatollah Ali Chamenei, und anderer Führungspersönlichkeiten eher die Reihen im Iran schließen und eine kompromisslosere Führung an die Spitze bringen werde.

Bei der Einschätzung der Stimmung in der Bevölkerung im Iran, fiel das außenpolitische Establishment der USA, wie im übrigen Westen, offensichtlich auf die Propaganda der oppositionellen iranischen Diaspora rein. Sicherlich haben viele Iranerinnen und Iraner massive Kritik an ihrer Regierung, wie in den meisten Ländern. Das bedeutet aber noch lange keine Befürwortung eines Umsturzes.

RT DE: Auch große Teile der Friedensbewegung wollen die iranische Mullah-Regierung abschaffen. Von einigen Friedensaktivisten wird die iranische Regierung als hassenswerter verurteilt als die kriegslüsternen Regierungen des Westens – warum? Welches Verhältnis hat die iranische Bevölkerung aktuell zu ihrer Regierung?

Joachim Guilliard: In der Friedensbewegung wissen die meisten sehr wenig über den Iran. Das Bild vom Land ist von den Mainstreammedien geprägt und der Stimmungsmache der iranischen Auslandsopposition. Die kaum weniger zahlreichen Stimmen aus der iranischen Diaspora, die dem widersprechen, werden geflissentlich zur Seite gedrängt.

Durch die jahrzehntelange Dämonisierung des Landes wurde tatsächlich regelrechter Hass auf das sogenannte „Mullah-Regime" erzeugt. Die Realität ist, wie überall, wesentlich komplexer. So steht die Islamische Republik zwar unter einer gewissen Vormundschaft der islamischen Geistlichkeit, in der täglichen Politik spielen Geistliche allerdings keine dominierende Rolle. Ein großer Teil der iranischen Bevölkerung ist konservativ und religiös und steht daher keineswegs in großem Widerspruch zur Autorität islamischer Führungspersönlichkeiten.

Trotz vielfältiger Kritik an ihr hat sich die Islamische Republik durchaus erheblichen Rückhalt in der Bevölkerung geschaffen, vor allem durch die erheblichen Fortschritte, die in ihrem Rahmen nach dem Sturz des Schahs in vielen Bereichen errungen wurden, unter anderem in der Gesundheitsversorgung und in der Bildung.

So sank die Müttersterblichkeit seit der Schah-Zeit von über 160 Toten pro 100.000 Geburten auf 16. Das sind weniger tote Mütter bei Geburten als in den USA (17) und halb so viel wie in Argentinien (33). Die durchschnittliche Schulbesuchsdauer stieg von 2,2 Jahren auf 11,9 Jahre für Jungen und 11,8 Jahre für Mädchen. Mittlerweile sind über 60 Prozent der Studierenden weiblich. Insgesamt bescheinigt das UNDP, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, dem Iran einen enormen sozialen Fortschritt. Sein Index der menschlichen Entwicklung (HDI) ist mit 0,799 mittlerweile höher als der von wohlhabenderen Ländern wie Thailand oder Mexiko. Und all das trotz der umfassenden Wirtschaftsblockaden der USA und der EU.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Lage der meisten Menschen im Iran haben sich durch die Blockaden und durch die Kriege drastisch verschlechtert. Das schürt natürlich auch Unzufriedenheit mit der Führung des Landes. Seit dem Überfall der USA und Israels, den massiven Bombardements, die zum großen Teil zivile Infrastruktur, Wohnhäuser, Schulen und Universitäten trafen, und dazu noch Trumps Drohungen, die gesamte Zivilisation des Landes auszulöschen, stellte sich der überwiegende Teil der Bevölkerung aber hinter die Regierung. Das wurde bei den Trauerfeierlichkeiten für Ajatollah Chamenei sichtbar, an denen 40 Millionen Iraner und Iranerinnen teilnahmen.

Die iranische Nation, die aus vielen Völkern und Religionsgemeinschaften besteht, beruht auf einer jahrtausendelangen gemeinsamen Geschichte, reichhaltigen Kultur und hohem Bildungsniveau. Das Land verfügt daher über eine nationale Identität, die das Land trotz vielfältiger Spaltungen zusammenhält. Nicht zuletzt erhält die iranische Führung auch aus ihrer bisherigen Fähigkeit, den Angriffen von außen zu trotzen und die Souveränität des Landes zu verteidigen, starken Rückhalt.

RT DE: Seit 1979 haben die USA Wirtschaftssanktionen gegen den Iran verhängt. Können Sie ein paar der bedeutendsten Sanktionen beschreiben? Welche Einschränkungen sind damit für die Bevölkerung des Landes verbunden? Was waren und sind die Ziele der US-amerikanischen Wirtschaftssanktionen im Iran?

Joachim Guilliard: Seit 1995 setzen die USA umfangreiche Maßnahmen ein, um das Land weitgehend vom internationalen Handels- und Finanzsystem zu isolieren. Analog zum Vorgehen gegen Kuba wurde ein Gesetz erlassen, wonach Washington Unternehmen und Finanzinstitute anderer Länder durch Androhung von sogenannten „Sekundärsanktionen" zur Beteiligung an den Boykottmaßnahmen nötigen kann. Die Islamische Republik sollte so zur Unterordnung unter die US-Bestrebungen in der Region gezwungen werden.

War der Iran unter dem Schah neben Israel die zweite zentrale Stütze der US-Vorherrschaft über die strategisch bedeutende Golfregion, so ist diese Stütze mit der „islamischen Revolution“ nicht nur weggebrochen. Das Land wurde zur unabhängigen Regionalmacht, die sich der Durchsetzung der Interessen der USA und Israels widersetzt und deren Gegner, wie zum Beispiel Befreiungsbewegungen, unterstützt. Alle US-Regierungen bemühten sich seither, den Gegenspieler auszuschalten.

2010 verschärfte die Obama-Regierung die Blockaden gegen die Exporte von Öl und Gas noch weiter, die dadurch zeitweilig fast zum Erliegen kamen, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Wirtschaft und Lebensverhältnisse. Durch das Wiener Atomabkommen von 2015 wurden die meisten Sanktionen außer Kraft gesetzt. Trump hat sie aber 2018, nach einseitiger Aufkündigung des Abkommens, wieder aktiviert und verschärft.

Am gravierendsten sind natürlich die Blockademaßnahmen gegen den Export von Erdöl und -gas, aus deren Einnahmen rund die Hälfte des Staatshaushalts finanziert wird. Aber auch die Restriktionen im übrigen Handel und mehr noch der Ausschluss vom internationalen Zahlungsverkehr erschweren die Versorgung der Bevölkerung, die Instandhaltung der Infrastruktur, die wirtschaftliche Entwicklung etc. massiv.

Der Iran hat zwar mittlerweile einen hohen Grad an Selbstversorgung erreicht. Dennoch führen die Blockaden auch zu Engpässen bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. Vor allem führen sie zur enormen Verteuerung aller Waren. Mit jeder Verschärfung stieg die Inflation rapide und verschlechterten sich die Lebensverhältnisse. Das trifft, wie immer, vor allem die Schwächsten der Gesellschaft, in hohem Maße Frauen, Kinder, Alte und Kranke.

Das gehört durchaus zum Kalkül von Wirtschaftssanktionen. Sie sollen die Bevölkerung durch wachsende Not zum Aufstand bewegen. Das war auch das Ziel der Wiedereinführung der EU-Sanktionen im Herbst letzten Jahres, wie Außenminister Wadephul bestätigte. Er feierte den Ausbruch der Unruhen im Iran Anfang des Jahres und den Anteil der EU daran mit den Worten, man sehe, dass „die Sanktionen wirken“.

RT DE: Aufgrund welcher Faktoren konnte der Iran trotz dieser Sanktionen seine Wirtschaft aufrechterhalten und seine Unabhängigkeit bewahren?

Joachim Guilliard: Es gelang dem Iran, indem er die Zusammenarbeit mit Russland, China, Indien und anderen asiatischen Ländern ausbaute und so die westlichen Staaten als Handelspartner komplett ersetzte. Er kann seine erhebliche technologische Entwicklung darauf stützen, dass nahezu alle wichtigen Rohstoffe im Land selbst vorhanden sind und das Bildungsniveau seiner Bürger sehr hoch ist.

Die findigen Iraner entwickelten gemeinsam mit ihren Partnern im Osten diverse Wege, die Handels- und Finanzblockaden immer effektiver zu umgehen. Der Iran profitiert dabei auch davon, dass immer mehr Länder von Wirtschaftssanktionen der USA und der EU betroffen sind oder sich bedroht fühlen. Diese Länder bemühen sich, unabhängiger vom Westen zu werden, insbesondere vom US-kontrollierten internationalen Finanzsystem. So wurden alternative Finanztransfersysteme aufgebaut und Verfahren entwickelt, um Geschäfte ohne den Dollar abzuwickeln.

Teil 2: Mit neuen Bündnispartnern im Rücken – Irans "Ansage" an die Bundesregierung

erschienen am 6. Nov. 2026

In diesem zweiten Teil des Interviews geht es detailliert darum, wie der Iran trotz schärfster US-Wirtschaftssanktionen seine Unabhängigkeit bewahren konnte, zum Beispiel durch die Beteiligung an neuen internationalen Allianzen. Guilliard stellt die neuen, vom Westen unabhängigen Bündnisse in einen Zusammenhang mit dem antiimperialen Kampf des Irans. Außerdem analysiert der Nahostexperte die jüngsten „Ansagen" des Irans an die deutsche Regierung.

RT DE: Durch welche Länder und mit welchen Maßnahmen wird der Iran im Krieg mit den USA und Israel unterstützt? Mit welchen Motiven unterstützen diese Länder den Iran?

Joachim Guilliard: Hilfe kommt vor allem von Russland und China. Beide haben die militärische Unterstützung nach dem Zwölf-Tage-Krieg massiv ausgebaut und unter anderem moderne Luftabwehrsysteme und Kampfjets geliefert sowie auch Komponenten für die iranische Rüstungsproduktion. Vermutlich trug zumindest Russland auch mit der Bereitstellung von Aufklärungsdaten seiner Satelliten und Kriegsschiffe zur hohen Treffgenauigkeit der iranischen Drohnen und Raketen bei.

Die Islamische Republik ist für Moskau und für Peking ein wichtiger Verbündeter geworden. China bezieht einen erheblichen Teil seines Öls und Gas aus dem Iran. Das Land spielt schon aufgrund seiner geografischen Lage eine wichtige Rolle für den Ausbau neuer Transportkorridore. Das betrifft den Ausbau neuer Handelsrouten von China nach Westen im Rahmen der „neuen Seidenstraße" und neue Handelsrouten von Russland nach Indien.

Der Iran als bedeutende eigenständige Regionalmacht sowie Mitglied des BRICS-Bündnisses und der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit ist ein wichtiger Pol in der sich herausbildenden multipolaren Welt. Ein Erfolg der USA und Israel wäre auch ein harter Schlag dagegen. Ich denke, sowohl Moskau als auch Peking kamen nach dem US-israelischen Krieg im Juni letzten Jahres zu dem Schluss, dass dem aggressiven Vorgehen des US-Imperialismus und des zionistischen Regimes in Israel unbedingt Einhalt geboten werden muss.

RT DE: Dadurch, dass der Iran bisher nicht durch die USA und Israel besiegt werden konnte, scheint es geopolitische Machtverschiebungen zu geben. Wie bewerten Sie die Folgen und das politische Potenzial des bislang erfolgreichen Widerstands des Irans? Welche Rolle spielt der neue Mekka-Pakt im geopolitischen Gefüge?

Joachim Guilliard: Nun, Trumps willkürliches, ungezügeltes gewaltsames Vorgehen, das völkerrechtliche Regeln völlig missachtet, hat auf alle Fälle einen massiven Dämpfer bekommen. Schon mehrmals haben Länder den USA erfolgreich getrotzt: in Vietnam, in Afghanistan und im Grunde auch im Irak – aber erst nach Jahren eines fürchterlichen Krieges und mörderischer Besatzung. Die Islamische Republik hielt jedoch den Angriffen nicht nur stand, sondern schlug so effektiv zurück, dass die Aggressoren einlenken mussten. Das Ende des bisherigen Nimbus ihrer Unverwundbarkeit wurde im Globalen Süden mit großer Genugtuung gefeiert.

Die USA haben die arabischen Golfstaaten in einen Krieg gezogen, den diese vehement abgelehnt haben. Dabei konnten die USA die Golfstaaten aber nicht vor den iranischen Angriffen schützen. Alle erlitten erhebliche Schäden und verzeichnen schwere Verluste. Die Verärgerung über das rücksichtslose Vorgehen der Vormacht ist groß, das Vertrauen in die USA als Schutzmacht dahin, die Beziehungen schwer angeschlagen. Die meisten verstärken ihre Bemühungen, sich von den USA abzukoppeln. Sie beginnen, sich bündnismäßig mehr nach Asien zu orientieren, in Richtung dortiger islamischer Länder wie Pakistan, aber auch mehr in Richtung China, den BRICS.

Offensichtlich hat der Krieg bisher das Gegenteil von dem erreicht, für das er vom Zaun gebrochen wurde: Die Position der USA in der Region wurde erheblich geschwächt und die des Irans gestärkt. Gestärkt wurde auch die Position Chinas, und neue Regionalmächte, wie Pakistan und die Türkei, werden nun eine wichtigere Rolle spielen. Das Militärbündnis, das die Saudis mit Pakistan und der Türkei mit dem Mekka-Pakt schlossen und das die USA außen vor lässt, ist ein deutliches Zeichen dafür. Hochrangige Vertreter der drei Staaten trafen sich Ende Oktober in Teheran, um über „Frieden und Sicherheit in der Region" zu beraten. Sie streben offenbar an, dies zukünftig ohne die USA zu regeln.

RT DE: Am 25. Oktober hat der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Esmail Baghai, die deutsche Regierung eindringlich vor einer militärischen Beteiligung an Konflikten gegen den Iran gewarnt: Im Falle eines deutschen Kriegseintritts würde der Iran Einrichtungen mit deutschem Bezug in der Region als „legitime Verteidigungsziele" angreifen. Vor welchem Hintergrund hat Baqaei diese spezielle Warnung an Deutschland ausgesprochen?

Joachim Guilliard: Baghai wandte sich in seinem Statement gegen die faktische Unterstützung des Krieges durch die deutsche Regierung und warf ihr doppelte Standards vor. Parallel meldete Fars News, dass Teheran Berlin mitgeteilt habe, jeder deutsche Militärstützpunkt und jede deutsche Einrichtung in der Region werde zu einem legitimen Ziel, sollte sich Deutschland offen an der Aggression gegen den Iran beteiligen. Gemeint sind insbesondere die Basen im Irak, auf denen noch Bundeswehreinheiten stationiert sind und die im Frühjahr auch bereits Ziel von Angriffen waren.

Aktueller Anlass waren offenbar auch Vorwürfe, für den Iran arbeitende Akteure hätten Anschläge gegen proisraelische Persönlichkeiten in Deutschland geplant. Entsprechende Warnungen an die europäischen NATO-Staaten gab es bereits seit Beginn des Krieges. Der Ton Teherans gegen die BRD ist allerdings inzwischen schärfer geworden. Zum einen, weil Berlin den USA gestattet, ihre Militärstützpunkte im Land für den Krieg zu nutzen. Im Grunde steht Deutschland damit auf einer Stufe mit den arabischen Golfstaaten, die vom Iran ja deswegen angegriffen wurden. Zum anderen, weil die Bundesregierung kontinuierlich den russischen Einmarsch in der Ukraine als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg brandmarkt, und sich aber weigert, die Kriege gegen den Iran klar als solche zu verurteilen.

Schon im September hatte Esmail Baghai Kanzler Merz wegen dessen „wissentlich verzerrter Rhetorik" bezüglich der US-israelischen Aggression scharf angegriffen. Merz hatte zuvor erneut allein den Iran zu Maßnahmen zur Beendigung des Krieges aufgefordert und dabei die Narrative der Angreifer übernommen. Teheran solle die Bündnisse mit regionalen „Stellvertretern" auflösen und sein „militärisches Atomprogramm" einstellen.

Indem er von Beginn an die verheerenden Bombardements der iranischen Infrastruktur als notwendige Maßnahmen zur „Neutralisierung regionaler Bedrohungen" und zum Schutz Israels rechtfertigte, habe er sich vollständig hinter die Aggression gestellt. Seiner Regierung fehle der moralische Mut, so Baghai, westliche Gräueltaten zu verurteilen, während sie versuche, sich als globaler „Moralapostel" aufzuspielen.

Der studierte Physiker Joachim Guilliard engagiert sich seit vielen Jahren in der Friedensbewegung. Schwerpunktmäßig befasst er sich mit dem Nahen und Mittleren Osten. Zuletzt erschienen Beiträge von ihm in Matin Baraki/Fritz Edlinger (Hg.) „Krise am Golf" – Hintergründe, Analysen, Berichte und in Jasmin Rupp (Hg.) Der (Alb)traum vom Kalifat – Ursachen und Wirkung von Radikalisierung im politischen Islam.
Seine Texte erscheinen i.d.R. auch auf seinem Blog: https://jg-nachgetragen.blog/